

141. Bergedorfer Gesprächskreis

Russlands weltpolitische Verantwortung

24.–26. Oktober 2008, Moskau

Rede des Außenministers der Russischen Föderation Sergej Lawrow

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Damen und Herren, meine Freunde!

Alexander [Rahr] hat zwar soeben gesagt, dass Sie »old hands« sind, aber ich hoffe doch, »you have fresh brains«. Wir sind hier genau in der Situation, in der die Erfahrungen aus vielen Jahre unseres Austauschs genutzt werden können, um neue Ideen hervorzubringen. Ich bin überzeugt, dass Ihr Forum, wie der geehrte Herr Präsident angemerkt hat, vielleicht nicht in der Lage ist, eine Lösung für alle Probleme zu finden, aber zweifellos dazu beitragen wird, diese besser zu verstehen.

Also erst einmal vielen Dank für die Möglichkeit, mit Ihnen über meine Sicht der Dinge sprechen zu können. Ich werde wohl kaum diese ehrgeizige Aufgabe, die Alexander [Rahr] gerade umrissen hat, bewältigen können, nämlich die Weltanschauung Russlands für das 21. Jahrhundert darzulegen, unternehme aber trotzdem den Versuch, mich ausführlicher zu den Ideen zu äußern, die Präsident Putin seinerzeit formuliert und nunmehr Präsident Medwedew in seinen letzten Reden, unter anderem in Berlin und Evian, weiterentwickelt hat.

Das Thema Ihrer Konferenz »Russlands weltpolitische Verantwortung« spiegelt exakt wider, was wir selbst fühlen, denn bei der Ausgestaltung unserer Rolle in einer sich globalisierenden Welt lassen wir uns nicht nur davon leiten, was wir von dieser Welt wollen, sondern auch davon, was sie von uns erwartet. Die Verantwortung ist also wirklich da, dessen kann ich Sie ganz offiziell versichern. Es liegt auf der Hand, dass unsere internationale Lage unter den Bedingungen der Systemkrise, in der sich die internationalen Beziehungen gegenwärtig befinden, durch neue Qualitäten gekennzeichnet ist, und wir sind der Ansicht, dass die Verantwortung Russlands für das Weltgeschehen in dem Maße wächst, in dem Russland und seine Positionen in der internationalen Arena stärker werden. Das ist auch die Grundlage der Philosophie, die in der Konzeption der Außenpolitik der Russischen Föderation dargelegt ist, deren neue Fassung Präsident Medwedew im Juli diesen Jahres verabschiedet hat.

Verantwortung ist gegenwärtig für alle führenden Staaten in den internationalen Beziehungen ein wichtiger Begriff. Wir sind überzeugt, dass eine solche Verantwortung voraussetzt, auf wirtschaftlichen und politischen Egoismus und Durchsetzung der eigenen Interessen zum Nachteil der Interessen anderer zu verzichten. Darüber hinaus setzt sie die Bereitschaft voraus, einen Bei-

trag zur Verbesserung der Steuerbarkeit der globalen Prozesse zu leisten. Das beinhaltet auch die Gestaltung dessen, was wir als »kollektive Führerschaft« der führenden Staaten bezeichnen.

Die internationale Gemeinschaft hat über einen relativ langen Zeitraum nur passiv beobachtet, wie das bestehende System der globalen Steuerung aus dem Gleichgewicht geriet. Ganz offensichtlich ist dieses System von sehr ernststen Störungen erfasst worden, und zwar nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft und in den Finanzen. Und solange es keine für uns alle verbindlichen Regeln gibt, werden uns auch weiterhin Krisenerscheinungen und Instabilität verfolgen. Darum braucht es jetzt eine »weiche Landung«, wobei sie nur dann – und nur dann – möglich sein wird, wenn wir tatsächlich kollektive Anstrengungen unternehmen, in die sämtliche Akteure einbezogen werden, die über das Potential und die Ressourcen verfügen, die für die Umsetzung von abgestimmten Lösungen erforderlich sind.

Die Ereignisse vom August diesen Jahres – wissen Sie, es ist nicht das erste Jahr, in dem der August in Russland voller Überraschungen ist, und das war wirklich eine Überraschung, das sage ich Ihnen ganz ehrlich – diese Ereignisse hatten weitgehende geopolitische Folgen, auch für die euro-atlantische Politik. Die Unzulänglichkeit der europäischen Sicherheitsarchitektur hätte kaum offenkundiger zu Tage gebracht werden können, als durch das Saakaschwili-Regime. Diese fragmentierte und NATO-zentrierte Architektur war nicht in der Lage gewesen, das militärische Abenteuer abzuwenden oder die vorhergehenden Lieferungen großer Mengen an Offensivwaffen an das Regime in Tiflis zu verhindern, die im Widerspruch zu allen Regelwerken der OSZE und der Europäischen Union und im Widerspruch zum Wassenaar-Abkommen erfolgten.

Leider kann das Regim in Tiflis die Großzügigkeit der Geber folgendermaßen verstehen: Aggression zahlt sich aus. Versuche, die gegenwärtige Regierung in Georgien zu remilitarisieren, hätten den gleichen Effekt. Wir warnen vor solchen Versuchen, aber bislang ohne besonderen Erfolg.

Lassen Sie es mich noch einmal sagen: Wir hatten keinerlei geopolitische Pläne, auch nicht die Absicht, »am geopolitischen Baum zu rütteln«, um an seine Früchte zu kommen. Auf diejenigen, die uns dessen bezichtigen, trifft zu, worüber schon Gogol geklagt hat – diejenigen, die seine Werke rezipierten, legten das Maß der Protagonisten aus irgendeinem Grund immer an sich selbst an. Aber lassen wir das – wir hatten keinerlei geopolitischen Pläne; die geopolitischen Folgen der Kaukasus-Krise tragen objektiven Charakter. Viele Dinge liegen jetzt, Gott sei Dank, klarer auf der Hand, und schon das ist nicht schlecht.

Wir haben eine eindeutige Schlussfolgerung gezogen: Diese Krise hat mit aller Deutlichkeit gezeigt, dass die Probleme der Gegenwart einschließlich der Konfliktregulierung nicht mit gewaltsamen Mitteln gelöst werden können. Es gibt keinerlei Alternative zu den politischen und diplomatischen Mitteln der Beilegung von Konflikten, an denen sämtliche Parteien beteiligt sein müssen, ohne dass jemand isoliert wird, damit eine Einigung erzielt werden kann. Das bedeutet, dass wir auch weiterhin im Rahmen der bestehenden Formate und im Rahmen der vereinbar-

ten Regulierungsmechanismen alles unternommen werden, um sowohl den Konflikt in Transnistrien als auch den in Berg-Karabach beizulegen, um den Parteien zu helfen, selbst zu den entsprechenden Übereinkünften zu kommen. Ich bin überzeugt, dass solche gegenseitig akzeptablen Lösungen innerhalb der bestehenden Formate ausgearbeitet werden können, wie es in der Vergangenheit auch in Bezug auf die Konflikte in Südossetien und Abchasien möglich gewesen wäre.

Im Fall von Südossetien musste Russland zu außerordentlichen Mitteln greifen, weil es sich um eine außerordentliche Situation handelte, hervorgerufen durch grösste Verletzungen des Völkerrechts und internationaler Verpflichtungen durch Georgien. Im gesamten euro-atlantischen Raum findet man keinen Politiker, der eine vergleichbare Situation hervorrufen könnte. Deswegen besteht kein Grund, die Spannungen anzuhetzen und einen Domino-Effekt auszulösen.

Wir müssen auch widersprechen, wenn der Versuch unternommen wird, historisch bedingte, ich würde sagen, gegenseitig privilegierte Beziehungen zwischen Staaten im Raum der ehemaligen Sowjetunion als eine gewisse »Einflussosphäre« zu bezeichnen. Folgt man dieser Logik, so schließt die Definition von Einflussosphären auch die Europäische Nachbarschaftspolitik und die gegenwärtig in Ausarbeitung befindliche Ostpolitik – wobei mir, nebenbei gesagt, nicht klar ist, wodurch sie sich von der Nachbarschaftspolitik unterscheidet – und zahlreiche andere Projekte der Europäischen Union mit ein, über die ohne Russland entschieden wird, obwohl sie seine Nachbarn betreffen, ganz zu schweigen von diversen Projekten der NATO. Bei den Gesprächen über den Status des Kosovo haben uns übrigens die Europäer, darunter auch mein Freund Bernard Kouchner, immer wieder gesagt, dass der Balkan ein europäisches Problem sei und die Europäer darum alleine eine Lösung finden wollten. Hier ging es also um besondere und privilegierte Interessen der Europäischen Union in Bezug auf den Balkan, die keine Rücksicht auf die serbische Position nahmen.

Als aber der russische Präsident von Russlands privilegierten Interessen sprach, kam plötzlich Unruhe auf. Ehrlich gesagt habe ich nicht verstanden, warum. Ich möchte Folgendes noch einmal unterstreichen: Es geht nicht nur darum, dass Russland privilegierte Interessen in den Beziehungen zu seinen nächsten Nachbarn hat, und nicht nur zu diesen, sondern auch darum, dass unsere nächsten Nachbarn in Russland ebenfalls privilegierte Interessen besitzen. Wenn man das nicht begreift und versucht, etwas zu zerstören, dessen objektive Grundlage gemeinsame Geschichte, gegenseitige Abhängigkeit, Verflechtungen in Wirtschaft, Infrastruktur, Kultur und in den humanitären Lebensbereichen bilden, so bedeutet das, sich gegen den Lauf der Geschichte zu stellen. Und ich hoffe, dass wir hierüber keine Spekulationen anstellen, sondern alle zusammen diese Gegebenheiten akzeptieren und achten werden.

Im Grunde bin ich der Ansicht, dass es Zeit ist, einen Strich zu ziehen, uns etwas zu beruhigen und gemeinsam die Situation zu analysieren. Und es ist für mich erfreulich, dass dies genau das ist, womit sich Ihr Forum befasst.



Man hat uns z. B. immer wieder erklärt, dass Demokratien keine Kriege führen. Ich habe unlängst eine interessante Analyse gelesen, in der es hieß, dass sie noch keine Kriege untereinander führen, aber gegen andere schon, und das nicht zu knapp. Ihnen sind sicherlich nicht wenige einschlägige Beispiele bekannt, wie mir übrigens auch. Aber wenn behauptet wird, das georgische Regime sei demokratisch, und dessen versichert man uns ständig, warum hat es sich dann für den Krieg entschieden? Und wenn jemand dem georgischen Regime ein Demokratiezertifikat ausgestellt hat, welche Haftung trifft ihn dann?

Ich finde es besser, wenn man die Verbreitung von Demokratie durch das eigene Beispiel fördert. Und wenn es um das Verständnis für die historische Mission des eigenen Landes geht, so ist es überhaupt nicht erforderlich, auf sie zu verzichten, man kann sie zu nützlichen Dinge sublimieren, z. B. Armutsbekämpfung, Entwicklung von alternativen Energiequellen, Bewältigung des gesamten Spektrums der globalen Probleme der Menschheit. Dadurch würden die Bedingungen für eine normale innere Entwicklung aller Staaten entstehen. Eine solche Verbreitung von Demokratie, besser gesagt, die Verbreitung der materiellen Bedingungen für die Entwicklung der Demokratie, wäre langfristig sicherlich ein Gewinn. Man sollte Demokratisierung keinesfalls darauf beschränken, dass man sich über regelmäßige Wahlen einigt und meint, dass die Demokratie damit funktioniere. Ich glaube, es ist für niemanden von Ihnen ein Geheimnis, dass auch regelmäßige Wahlen sehr wohl effizient inszeniert werden können, obwohl man es vorzieht, darüber Stillschweigen zu bewahren. Dabei handelt es sich aber nur um eine demokratische Vitrine, die überhaupt nicht aussagekräftig ist.

Ich finde, der Anfang sollte darin bestehen, dass das georgische Volk sich selbst, nach Möglichkeit unter Beteiligung der Opposition sowie Offenlegung aller, auch geheimer Informationsquellen, Klarheit darüber verschafft, was und warum letzten Endes geschehen ist. Wir erhalten über diverse Kanäle Besorgnis erregende Informationen, dass in Georgien schon wieder die Verhaftung von ehemaligen Politikern und Oppositionellen geplant wird. Das alles ist Besorgnis erregend, aber, ich sage es noch einmal, nicht überraschend. Wir kennen das Wesen der gegenwärtigen georgischen Regierung.

Gestatten Sie mir nun einige Ausführungen zu globalen Themen. Im Grunde bin ich überzeugt, dass die objektive Ursache für die Instabilität im Raum der ehemaligen Sowjetunion im Prozess der Entstehung von Nationalstaaten liegt. Dieser ist auch teilweise der Grund für die systemische Inkompatibilität dieser Staaten mit der Europäischen Union, die sich die Aufgabe gestellt hat, die so genannte postmodernistische Entwicklungsetappe zu beschreiten, also eine Richtung einzuschlagen, die den Prozessen, die nach dem Zerfall der Sowjetunion in unserem Raum verlaufen sind, entgegengesetzt ist. Die postmodernistische Entwicklungsetappe setzt voraus, dass ein Teil der Souveränität an supranationale Organe abgegeben wird. Diese Bewegung wurde durch die Aufnahme neuer Mitglieder aus Mittel- und Osteuropa in die Europäische Union erheblich abgebremst, die sich zum Zeitpunkt ihres EU-Beitritts doch ein wenig in eine andere Richtung bewegten, um die Etappe der Nationalstaatlichkeit in ihrer Entwicklung nachzuholen. Dies zeigte die Scheidung von Tschechien und der Slowakei, und ich meine, dass diese Umstände von denje-

nigen unterschätzt wurden, die über die beschleunigte Aufnahme von neuen Mitgliedern in die Europäische Union zu entscheiden hatten und sich dabei nicht so sehr von ihrer sozialwirtschaftlichen und innenpolitischen Bereitschaft, sondern vielmehr von geopolitischen Gesichtspunkten haben leiten lassen. Das ist vermutlich auch der Grund, warum sich die Europäische Union so schwer tut mit ihrem neuen, erweiterten Zustand. Wir aber wünschen ihr hierbei ohne Wenn und Aber Erfolg und sind auch ohne Wenn und Aber daran interessiert, dass alle geplanten Reformen umgesetzt werden und wir dann die EU über – ich glaube, Kissinger hat das gesagt – eine Telefonnummer erreichen können.

Leider waren unsere Partner im Westen seinerzeit nicht in der Lage, die ihrem Wesen nach postmodernistischen Elemente sowohl der sowjetischen als auch der russischen Erfahrungen richtig einzuordnen. Zu diesen Elementen zählten unter anderem der Internationalismus, obwohl er natürlich ideologisch motiviert war, und der Aufbau einer supranationalen Entität, die auf gemeinsamen Werten und Zielvorstellungen fußte. Ich gehe an dieser Stelle nicht darauf ein, wie das dann letzten Endes in der Praxis umgesetzt wurde, aber die Bewegung als solche war exakt postmodernistisch. Die Manifestationen dieser Bestrebungen sind die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die ein schwieriges Schicksal durchlebt, aber meiner Ansicht nach dennoch eine Zukunft hat, die Union zwischen Russland und Belarus, die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft und die Organisation des Vertrags über Kollektive Sicherheit. Das sind Organisationen, die ausnahmslos nicht als Blöcke, sondern als Integrationsschwerpunkte gedacht waren. Ich wiederhole, dass ich jetzt nicht auf den Erfolg oder Misserfolg der Entwicklung der einzelnen Strukturen eingehen möchte; mir geht es um den Rahmen, in dem sie geschaffen wurden. Den Beziehungen im Rahmen dieser Strukturen wohnt eine eigene zivilisatorische Spezifik inne; ich weiß, wie sie funktionieren, habe selbst während der letzten fünf Jahre praktisch an allen Veranstaltungen und Maßnahmen auf Minister- und Präsidentenebene teilgenommen. Ich kann Ihnen versichern, dass die Mitglieder dieser Organisationen keinen Druck aufeinander ausüben und sich schon gar nicht gegenseitig Daumenschrauben anlegen. Das verstehen im Westen anscheinend nicht alle, aber das ist so. Wir schreiben in diesen Organisationen niemandem etwas vor – erstens, weil wir es nicht können, und zweitens, weil wir es nicht wollen; uns geht es um Lösungen, deren Grundlage in der gegenseitigen Achtung und Berücksichtigung der Interessen der Partner besteht.

Der allmähliche Übergang zu den Grundsätzen der Marktwirtschaft fördert die Entstehung von Handels- und Wirtschaftsbeziehungen zwischen den ehemaligen Republiken der Sowjetunion, die sich eine höhere Gleichberechtigung auszeichnet. Wir sind gewillt, diesen Übergang ungeachtet seiner schmerzhaften Begleiterscheinungen, die Ihnen auch bekannt sind, fortzusetzen; wir sind gewillt, ihn aktiv voranzutreiben und, das möchte ich ganz besonders unterstreichen, und ihn unter Beibehaltung aller positiven Elemente der gemeinsamen Geschichte zum Abschluss zu bringen.

Die Rhetorik der letzten Jahre versperrt die Sicht darauf, dass es im Grunde Russland zu verdanken ist, dass die negativen Folgen des Zerfalls der Sowjetunion, zumindest nach historischen



Maßstäben, minimiert werden konnten. Vor genau fünf Tagen hat Dominik Leven in der Zeitung »Wremja nowostej« [»Время новостей«] geschrieben, dass in den 15 Jahren, die das moderne Russland existiert – bei allen Unterschieden –, die Erfahrungen des Niedergangs und Zerfalls des British Empire komprimiert sind, das sich über drei Generationen hinzog und, nebenbei gesagt, durch die Kooptierung Londons in die angelsächsische Allianz abgefedert wurde, die »das Kernstück des Westens bildete und seine Bedeutung bestimmte«. Es sind die Vorurteile aus der Vergangenheit, die uns an einer objektiven Sicht auf die Dinge hindern; darum betonen wir auch die negative Rolle der so genannten Sowjetologen bei der Erarbeitung der Russland-Politik in einigen westlichen Ländern. Dieses Thema hat Medwedew in Evian auch angesprochen.

Warum muss ein einiges Europa aus einem Zentrum heraus aufgebaut werden und nicht an mehreren Stellen gleichzeitig? Das Bestreben, sich den postsowjetischen Raum »Stück für Stück unter den Nagel zu reißen«, erinnert mich, ganz ehrlich gesagt, an die Methode, mit der die Bolschewiki Raum für Neubauten schufen – erst einmal alles bis auf die Grundmauern zerstören und dann irgendwann einmal bauen. Im Grunde führt diese Methode dazu, dass sich die Trennungslinie in Europa immer näher an die russische Grenze heranbewegt. Wir aber sind bestrebt, diese Linie abzuschaffen und treffen entsprechende Übereinkünfte, zumindest deklaratorische, mit der Europäischen Union – und übrigens auch mit der NATO. Entsprechende Beschlüsse gibt es auch in der OSZE, aber sie wurden bislang nicht umgesetzt. Ich bin der Ansicht, dass das Ziel, Russland von seinen Nachbarn loszulösen, indem Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts geschaffen werden, für Europa die Gefahr der Wiederkehr des 20. Jahrhunderts mit seinem zerstörerischen Nationalismus bedeutet.

Das alles – ich bin gezwungen, dieses Thema erneut aufzugreifen – hat seinen gesetzmäßigen Ausdruck in dem Versuch der georgischen Politik gefunden, den Konflikt in Südossetien mit Gewalt, also nicht auf europäische Art und Weise, zu lösen. Ich will an dieser Stelle auch die historischen Extrapolationen in den Nazismus nennen, den Höhepunkt der Selbstzerstörung Europas, wobei häufig vergessen wird, dass es die Sowjetunion war, die maßgeblich dazu beigetragen hat, diese Selbstzerstörung zu verhindern.

Besonders gefährlich ist, dass durch diesen Ansatz eine Haltung gegenüber Russland zum Ausdruck kommt, die es als zu einem für Europa von vornherein fremden Element darstellt. Es entsteht der Eindruck, dass das Ziel dieser Haltung darin besteht, im Bewusstsein der Menschen in Europa künstlich das Bild eines »zähnefletschenden« Russlands hervorzurufen, und zwar als Mittel, um der Existenz des Westens einen zweiten Atem zu verleihen. Wir werden diesen Verdacht einfach nicht los. Und zwar der Existenz des Westens in seiner Form, die die Außenwelt ausschließt.

Sowohl Putin, als er Präsident war (z. B. in seinem Aufsatz aus Anlass des 50. Jahrestags der Europäischen Union), als auch Medwedew in seinen Reden in Berlin und Evian haben auf höchster Ebene erklärt, dass Russlands erste Wahl immer Europa ist. Der einfache Rückgriff auf diese

Äußerungen unserer Staatschefs aus den letzten Jahren müsste doch zur Folge haben, dass alle Skeptiker endlich aufhören, uns eines anderen zu verdächtigen. Diese Haltung manifestierte sich in den Ideen der Einheit der gesamten europäischen Zivilisation und der strategischen Offenheit, unter der wir die tatsächliche Einbeziehung der Europäischen Union in die Diskussion über die Probleme der strategischen Stabilität verstehen, die sich bislang auf unseren Dialog mit Washington beschränkt. Wir sind der Ansicht, dass Europa, Russland und die Vereinigten Staaten, wenn sie denn diese trilaterale Interaktion auf den Weg bringen könnten, wozu ich später noch etwas sagen werde, in der Lage wären, den Charakter der strategischen Beziehungen in der Welt grundlegend zu verändern. Diese Überlegungen stehen hinter unserem Vorschlag, die Erarbeitung eines Vertrags über die euro-atlantische Sicherheit in Angriff zu nehmen.

Die »Erdbeerfelder« Europas sind unser gemeinsames Gut. Sie sollten nicht mehr von Soldaten zertrampelt oder von Panzern umgepflügt werden. Wir werden stets einen Unterschied machen zwischen Europa, zwischen unseren Beziehungen zu konkreten europäischen Ländern, und der Stationierung von militärischen Anlagen nichteuropäischer Staaten in Europa. Das trifft auch ohne Einschränkungen auf unsere Haltung zu, die wir gegenüber Polen und Tschechien im Zusammenhang mit den Plänen für die Entfaltung des »dritten Stellungsraumes« in diesen Ländern einnehmen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass es an der Zeit ist, die europäische Sicherheitsarchitektur komplett umzugestalten. Das ist, wie ich bereits ausgeführt habe, die Begründung für die Initiative, in Verhandlungen über einen neuen Vertrag über die euro-atlantische Sicherheit zu treten. Wir sind der Ansicht, dass es mit Hilfe eines solchen Vertrags möglich wäre, ein zuverlässiges und tatsächlich allumfassendes System zu schaffen, ein System, das in der Lage wäre, den gesamten euro-atlantischen Raum zu vereinen, und zwar auf der Grundlage von einheitlichen Regeln und der Garantie einer unteilbaren Sicherheit. Präsident Medwedew hat die Schlüsselgrundsätze des von uns vorgeschlagenen Vertrags in Evian formuliert. Wir beabsichtigen, eine Serie von Konsultationen zur Konkretisierung dieser Grundsätze durchzuführen, und sind der Ansicht, dass es absolut erforderlich ist, die Expertengemeinschaft in diese Diskussionen einzubeziehen. Wir gehen davon aus, dass viele der hier Anwesenden eine Einladung zu dieser Arbeit nicht ausschlagen werden. Das Format können wir gemeinsam festlegen – und wir wollen dies tun, ohne es auf die lange Bank zu schieben.

Der Ort für die Verhandlungen über einen solchen Vertrag, sofern dann die Expertise und das analytische Potenzial vorliegen, kann praktisch überall sein, vorgeschlagen im Namen der OSZE. Das liegt im Bereich des Machbaren, und man wird sich dann entscheiden können, wo die Verhandlungen stattfinden sollen. Übrigens sind wir auch bereit, nicht nur über die vom Präsidenten vorgeschlagenen Elemente des Vertrags zu sprechen, sondern auch über andere alternative Ideen. Nur sind bislang keine zu hören – es sind einfach keine da. Man sagt uns beispielsweise nur, dass »Ihre Initiativen das Ziel verfolgen, die NATO zu unterminieren, den allumfassenden Charakter der Sicherheit, der in der Schlussakte von Helsinki verankert ist, auf Kosten des Verzichts auf den



humanitären Korb auszudünnen«. Es ist aber alles ganz anders! Wir erklären öffentlich, dass sich die Einladung zur Erarbeitung des Vertrags nicht nur an alle Länder von Vancouver bis Wladivostok, sondern auch an alle Organisationen richtet, die in diesem Raum im Sicherheitsbereich aktiv sind. Es liegt überhaupt nicht in unserer Absicht, die humanitären Aspekte der Tätigkeit der OSZE zu untergraben. Wir sind ganz einfach der Überzeugung, dass das, was man als Hard Security bezeichnet, also die militärpolitische Sicherheit, einen Bereich darstellt, in dem sich zu viele und durchaus explosive Probleme angesammelt haben, und dass man darum in erster Linie die militärpolitischen Aspekte der Sicherheit in den Mittelpunkt der Diskussion stellen muss. Wenn man versucht, uns als »revisionistisches Imperium« abzustempeln, das gegen den Status quo agiert, dann würden wir gerne einmal wissen, welcher Status quo eigentlich gemeint ist – nach Beendigung des Kalten Krieges, vor dem Hintergrund des beschleunigten Entstehens eines polyzentrischen internationalen Systems und der gegenwärtigen globalen Finanzkrise – welcher Status quo soll denn unter diesen Umständen gemeint sein?

Darum sind wir überzeugt, dass die Instandsetzung der europäischen Architektur beschleunigt werden muss. Die einzige Alternative wäre, sie weiter verfallen zu lassen. Was unsere Beziehungen zur NATO betrifft, so haben die Ereignisse der letzten Monate ernsten Anlass gegeben, über ihre Zukunft nachzudenken. Bislang lässt sich nur eines mit Bestimmtheit sagen: Eine Rückkehr zu den alten Beziehungen – so, als ob nichts passiert wäre – ist ausgeschlossen. Wir wollen verstehen, ob Europa für die NATO da ist oder die NATO für Europa. Ich sage es noch einmal, wir hegen keinerlei Illusionen und auch keinerlei Absichten, die zum Ziel haben, dass die NATO sich auflöst und an ihrer Stelle etwas Universelleres entsteht. Wir verstehen, dass es sich hier um eine Tatsache handelt, mit der man leben muss. Aber ich weiß auch, dass es politischen Mut braucht, um über diese ganzen Themen zu reden. Und da halte ich es mit Napoleon – »on s'engage, et alors on voit«. Wir alle sollten uns in einer Diskussion engagieren, wenigstens das, und zwar nach Möglichkeit sofort.

Putin hat das bereits im Februar 2007 in München vorgeschlagen, und dieser Vorschlag, den er, damit er besser verstanden wird, in emotional zugespitzter Form unterbreitet hat, wurde fast als der Anfang eines neuen Kalten Krieges aufgefasst. Er hatte aber nicht die Absicht, einen neuen Kalten Krieg anzufangen! Er hatte die Absicht, eine Diskussion in Gang zu setzen. Und die Antwort, die er zu hören bekam, lautete, dass alles, was für die Gewährleistung der Sicherheit erforderlich sei, bereits existiere, und man ihm schon sagen werde, welcher Platz für Russland im NATO-zentristischen System vorgesehen sei.

Der NATO-Russland-Rat wurde auf der Grundlage von absolut fortschrittlichen Grundsätzen ins Leben gerufen. Die Parteien waren gleichberechtigt. Das steht in den Dokumenten, die die Grundlage des NATO-Russland-Rates bilden. Da steht auch, dass unser gemeinsamer Grundsatz in der Unteilbarkeit der Sicherheit besteht. Auch ist da dieser Grundsatz dahingehend erläutert, dass keine der Parteien ihre Sicherheit durch Beeinträchtigung der Sicherheit einer jeden anderen Partei im NATO-Russland-Rat gewährleisten darf. Wir haben sogar diesen Grundsatz »eine Ver-

tragspartei, eine Stimme« – und nicht »26 + 1« – der Europäischen Union als Beispiel herangezogen, als wir mit unseren Kollegen in Brüssel die Kooperationsperspektiven zwischen Russland und der EU im Raum der äußeren Sicherheit diskutierten; Helga [Maria Schmid] wird sich gewiss daran erinnern. Wir haben gesagt, dass wir im Rahmen des NATO-Russland-Rats über eine fortschrittlichere Arbeitsgrundlage verfügten. Da sind alle gleich, auf jeden Fall auf dem Papier. Mit der Europäischen Union gab es aber für die Diskussion von Sicherheitsfragen keine solche Struktur vom Typ »eine Vertragspartei, eine Stimme«. Klar ist allerdings auch, dass der NATO-Russland-Rat nicht nach den Grundsätzen funktionierte, die bei seiner Gründung festgelegt worden waren. Da ging es auch immer nach dem Prinzip »26 + 1«, und zwar auf jeder Ebene, egal ob Gipfeltreffen, Ministertreffen oder Treffen der Ständigen Vertreter. In dieser Frage besteht natürlich Änderungsbedarf. Selbst wenn diese Krise nicht ausgebrochen wäre, selbst wenn die NATO nicht einseitig versucht hätte, uns durch das Einfrieren bestimmter Aktivitäten zu bestrafen, selbst dann wäre es an der Zeit, dieses Thema ernsthaft zu diskutieren. Ohne ein solches offenes und ehrliches Gespräch wird der NATO-Russland-Rat nicht uneingeschränkt funktionieren. In diesem Gespräch wird es nur um Folgendes gehen: Bestätigen wir die Grundsätze, die wir gemeinsam angenommen haben, oder nicht, und wenn wir sie bestätigen, so wollen wir doch mal schauen, warum sie nicht umgesetzt werden. Die Durchführung einer Bestandsaufnahme der Grundsätze liegt übrigens auch dem Vertrag über die euro-atlantische Sicherheit als Konzeption zugrunde. Wenn sie für uns alle immer noch aktuell sind, und zwar sowohl die Grundsätze der Schlussakte von Helsinki als auch die Prinzipien, auf deren Grundlage der NATO-Russland-Rat arbeitet, und auch die UNO-Satzung, natürlich in der auf Europa heruntergebrochenen Form, dann lassen Sie uns doch mal schauen, warum sie nicht mit Leben erfüllt werden. Liegt es vielleicht daran, dass die Mechanismen nicht ausreichen? Dann sollten wir darüber reden. Aber als wir auf dem Russland-NATO-Gipfel in Bukarest eine gemeinsame Erklärung verabschieden wollten, die die Prinzipien bestätigen sollte, auf deren Grundlage wir arbeiten, war es nicht möglich, den Grundsatz zu erneuern, dass niemand seine Sicherheit auf Kosten der Sicherheit der anderen gewährleisten darf. Eine Delegation war nämlich dagegen. Ja, es war die amerikanische Delegation, und es ist im April 2008 nicht gelungen, dieses fünf Jahre alte Zitat zu erneuern. Das macht einen natürlich nachdenklich. Die gegenwärtige europäische Architektur ähnelt einem Flickenteppich. Sie muss verändert werden, und wir sollten uns gemeinsam verpflichten, das ein für alle Mal auf kollektiver Grundlage zu tun.

Es ist erfreulich, dass die Regulierung der Kaukasus-Krise einen Anlass für unser Zusammenwirken mit der Europäischen Union geliefert hat. Im Grunde wurde eine europäische Lösung für dieses Problem gefunden. Das entspricht der allgemeinen Tendenz zur Regionalisierung der globalen Politik, in der regionale Mächte immer mehr Verantwortung übernehmen und aus der Ferne gegebenen Ratschlägen nicht mehr folgen wollen. Übrigens wurde die gegenwärtige Phase der Krise in Simbabwe auch so geregelt, obwohl Übereinkünfte noch erzielt werden müssen; der Dialog zwischen Israel und Syrien verläuft ähnlich, zwar bislang über Vermittler; ähnlich entwickeln sich einzelne Aspekte der Situation im Sudan. Die Georgien-Initiative der Europäischen Union ist auch ein Beispiel für den Wunsch regionaler Mächte, Probleme, die in ihrer geogra-

fischen Nachbarschaft liegen, durch eigene Initiativen zu lösen. Ich finde, dass es sich hierbei um eine gesunde Tendenz handelt. Ich habe es bereits gesagt und möchte noch einmal bestätigen, dass die Stärkung der Europäischen Union, die Festigung ihrer Einheit auf nüchternen und pragmatischer Grundlage von uns allseitig unterstützt wird. Wir vertrauen unseren europäischen Freunden.

Es ist klar, dass in der globalen und regionalen Politik, und zwar insbesondere im euro-atlantischen Raum, ein Rest Bipolarität erhalten bleibt. Das ist durch die Fragen der strategischen Stabilität objektiv bedingt, darüber habe ich bereits gesprochen, aber es gibt auch Bereiche, in denen die Bipolarität künstlich aufgezwungen wird. Damit meine ich insbesondere die Monopolisierung der Verhandlungen mit Russland über die Zukunft des Vertrags über konventionelle Streitkräfte in Europa. Mit unseren amerikanischen Partnern haben wir darüber auf einer bestimmten Etappe im Herbst vergangenen Jahres sehr gut diskutiert und waren schon dabei, Ansätze für die Lösung dieser Situation zu eruieren, aber dann haben unsere Verhandlungspartner aus Washington ihre Ideen zurückgezogen und zur Begründung angeführt, Georgien und Moldowa wollten die Vorschläge der Vereinigten Staaten anders formulieren. Der Wunsch Deutschlands, Frankreichs, Italiens und Großbritanniens, sich an der informellen Suche nach Wegen aus der Sackgasse zu beteiligen, in die der KSE-Vertrag hineingeraten ist, ruft irgendwie keine Begeisterung hervor. Wir halten das für falsch. Natürlich werden letztendlich alle am KSE-Vertrag beteiligten Staaten über das Schicksal des Vertrags oder der Rüstungskontrolle in Europa zu entscheiden haben, aber es liegt auf der Hand, dass die führenden europäischen Länder einen informellen Beitrag zur Vorbereitung der späteren universellen Verhandlungen durchaus leisten können und müssen.

Ein Element der künstlichen Bipolarität war auch dort zu finden, was sich während der letzten Jahre im Zusammenhang mit Georgien abspielte. Im Grunde genommen – ich hoffe, Frau Merkel nimmt es mir nicht übel, wenn ich das sage, aber wir sprechen hier ganz offen – waren die Beziehungen zwischen dem Westen und Georgien an eine weit entfernte Hauptstadt abgetreten worden. Natürlich gab es die eine oder andere Bewegung in der Gruppe der Freunde des UN-Generalsekretärs für Georgien, deren Mitglieder Russland, die USA, Frankreich, Großbritannien und Deutschland als Koordinator der Gruppe sind, aber im Großen und Ganzen hat Europa die Krise, die im August zum Ausbruch kam, einfach verschlafen. Es ist gut, dass die Initiative von Präsident Sarkozy, die von der gesamten Europäischen Union mitgetragen wird, die Situation wieder ins Lot bringt. Die Genfer Verhandlungen, die am 15. Oktober begonnen haben, geben uns allen die Möglichkeit, Fehler zu korrigieren und an den Angelegenheiten dieser Region mitzuwirken, um sie zu stabilisieren – nicht aber, um Georgien als Objekt der Geopolitik zu erhalten.

Außerdem meinen wir, dass die Teilnahme der USA an den Genfer Verhandlungen durchaus nützlich ist und die Möglichkeiten vergrößert, das für die Region richtige Ergebnis zu erzielen. Die trilaterale Interaktion zwischen der Europäischen Union, Russland und den Vereinigten Staaten sollte meines Erachtens auch auf andere Themenbereiche ausgeweitet werden, beispielsweise auf



die Sicherheitsproblematik. Ich habe es bereits mehrmals gesagt: Wir sind der Überzeugung, dass ein solches trilaterales Zusammenwirken die Formel für die Gewährleistung der Einheit des euro-atlantischen Raums auf politischer Ebene ist. Die Annäherung an eine solche Einheit auf, lassen Sie mich es so formulieren, politisch-psychologischer Ebene könnte über eine neue Auslegung des Begriffes »Atlantismus« oder »Euro-Atlantismus« erfolgen. Wir sind überzeugt, dass er auch Russland und die Länder Mittel- und Osteuropas, kurzum, die gesamte Region von Vancouver bis Wladiwostok, einschließen muss.

Brzezinski und Scowcroft haben vor kurzem ein Buch geschrieben, das »America and the World« heißt. Darin zitieren sie einen Forscher der RAND Corporation, der die Ansicht vertritt, nicht das polyzentrische System als solches sei gefährlich, da es natürlich ist, sondern der Übergang zum polyzentrischen System, der einerseits zwangsläufig und andererseits sicherlich mit Risiken verbunden ist. Der gesamte Inhalt des Buchs »America and the World« belegt überzeugend: Es ist unmöglich, im postimperialen Zeitalter imperiale Politik zu machen. Erinnern wir uns doch an Oswald Spengler, der vor hundert Jahren über die historischen Geschicke des Westens nachgedacht hat. Sein »Untergang des Abendlandes« ist nach wie vor wesentlicher, vielleicht sogar wichtigster Bestandteil der Geschichtsphilosophie. Ein globales Imperium, wobei es keine Rolle spielt, ob es ein westliches oder kommunistisches ist, würde schlicht und einfach das Ende der Geschichte bedeuten.

Die Logik sagt uns, dass die Einheit der europäischen Zivilisation dennoch wiederhergestellt werden wird. Russland und die Vereinigten Staaten sind aus der europäischen Zivilisation hervorgegangen und haben erheblich zu ihrer Verbreitung beigetragen. Also zumindest in Bezug auf die jahrhundertelange Kolonialisierung Sibiriens bin ich überzeugt, dass es sich um die Verbreitung der europäischen Zivilisation handelte. Würden Sie jetzt nach Wladiwostok oder in eine beliebige sibirische Stadt reisen, so würden Sie bei allen wirtschaftlichen Unterschieden zu Moskau dennoch auf europäische Städte mit europäischer Bevölkerung treffen. Das gilt auch für den Zweig der europäischen Zivilisation, der in Nordamerika Wurzeln geschlagen hat und dort prächtig gediehen ist. Darum bin ich überzeugt, dass die grundlegenden Kennzeichen der neuen Etappe der globalen Entwicklung in der Synthese unterschiedlicher Entwicklungs- und Existenzmodelle bestehen werden, was die Koexistenz unterschiedlicher Kulturen, religiöser Traditionen und Wertvorstellungen einschließt. Wenn wir uns von den gesamteuropäischen Werten leiten lassen, so können wir die Werte, die andere Zivilisationen hervorgebracht haben, nicht ignorieren. Ihr Gleichgewicht wird den Lauf der Geschichte bestimmen. Am Beispiel des euro-atlantischen Raums sehen wir, dass die Geschichte Extreme beseitigt. Da wären einerseits die Erfahrungen der Sowjetunion und andererseits der liberale Kapitalismus, dessen strenges angelsächsisches Modell seinen vollständigsten Ausdruck natürlich in Amerika gefunden hat. Folgt man der Spenglerschen Methode, so ist nicht zu übersehen, dass beide Erscheinungen, wenn man in Bezug auf die USA Roosevelts »New Deal« zum Ausgangspunkt nimmt, ungefähr 75 Jahre existiert haben. Ihre Synthese ist das während des Kalten Krieges entstandene westeuropäische Modell der sozialen Marktwirtschaft. Sie bildete sich maßgeblich unter dem Einfluss der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in

dem Sinne heraus, dass die deklarierten und in vielerlei Hinsicht umgesetzten sozialen Errungenschaften Europa dazu anregen, den sozialen Aspekten der wirtschaftlichen Entwicklung immer mehr Beachtung zu schenken. Dazu gehören kürzere Arbeitszeiten, garantierter Urlaub, Renten, kostenlose medizinische Versorgung und Bildung und so manches mehr. Natürlich haben die Erfahrungen der Sowjetunion das europäische Modell der wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst. Die USA haben sich nicht anders verhalten, und zwar seit dem Marshall-Plan, wobei sie die europäische Wirtschaft in einem weitaus größeren Maß sozialisiert haben, als es in den Vereinigten Staaten selbst der Fall war. Das Resultat von heute, die soziale Marktwirtschaft, die sich in Europa etabliert hat – und zwar endgültig – ist unser gemeinsames Gut. Der Umstand, dass Russland nach dem Zerfall der Sowjetunion unter Präsident Putin auch diesen und keinen anderen Weg eingeschlagen hat, zeugt davon, dass es sich um unseren gemeinsamen Weg handelt.

Was die Vereinigten Staaten anbetrifft, so möchte ich nochmals betonen, dass sie ein integraler Bestandteil der europäischen Zivilisation und das Produkt ihrer historischen Entwicklung sind. Auch den Vereinigten Staaten würde es meines Erachtens nicht schaden, nach Europa zurückzukehren, also in dem Sinne, über den wir jetzt sprechen, und die europäische Weltsicht zu übernehmen, die sich nicht nur während, sondern auch nach dem Kalten Krieg entwickelt hat, und zwar, ich sage es noch einmal, unter aktivster amerikanischer Beteiligung.

Unser Verhältnis zu den Vereinigten Staaten ist im Augenblick alles andere als einfach. Wir haben grundsätzliche Unterschiede in der Herangehensweise an eine ganze Reihe internationaler Probleme, aber gleichzeitig verfügen wir über alle Möglichkeiten für die Gestaltung einer konstruktiven Beziehung auf stabiler und langfristiger Grundlage. Die Geschichte der russisch-amerikanischen Beziehungen kennt so manche kritische Situation. Es gab durchaus Schlimmeres, aber letztendlich waren es immer gesunder Menschenverstand, Pragmatismus und das Bewusstsein der besonderen Verantwortung für die Lage in der Welt, welche die Wahl der Mittel in der praktischen Politik bestimmten.

Wir sind bereit, mit den USA in allen Formaten zu kooperieren; wir sind willens, unsere Angelegenheiten berechenbar und zum gegenseitigen Vorteil zu gestalten, auf der Grundlage von Gleichberechtigung, der Berücksichtigung der gegenseitigen Interessen, in voller Übereinstimmung mit einem sehr wichtigen, von George W. Bush und Wladimir Putin unlängst in Sotschi verabschiedeten Dokument – der Gemeinsamen Erklärung über die neuen strategischen Beziehungen zwischen der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika.

Wie Medwedew und Putin immer wieder erklärt haben, gibt es nichts, was uns zwingen könnte, in ein neues Wettrüsten einzusteigen und auf die umfassende Modernisierung unseres Landes zu verzichten. Ja, man hat uns durch den Überfall auf Südossetien nachhaltig vom Aufbau abgelenkt. Wir werden Schlussfolgerungen ziehen müssen auch für unseren militärischen Bereich, für die beschleunigte Modernisierung unserer Streitkräfte. Eine Militarisierung unserer Außenpolitik und ein neues Wettrüsten sind jedoch ausgeschlossen.

Mitnichten sind unsere mit strategischen Waffen bestückten Atom-U-Boote »yellow submarines«. Das wissen wir sehr wohl. Aber sie erfüllen ihren Auftrag auf der Grundlage des Prinzips der vernünftigen Hinlänglichkeit. Das Wesen dieses Auftrags können, davon bin ich überzeugt, auch unsere amerikanischen Partner erläutern, die während der letzten 20 Jahre die Modernisierung ihrer Streitkräfte, die strategische Komponente eingeschlossen, ständig vorangetrieben haben. Unsere Militärausgaben betragen nach unterschiedlichen Einschätzungen fünf bis 13 Prozent von denen der Vereinigten Staaten.

Diese Belastung würden wir gerne reduzieren. Darum schlagen wir auch vor, praktische Schlussfolgerungen aus der offenkundigen Tatsache zu ziehen, dass die internationalen Beziehungen in einer sich globalisierenden Welt nicht mit militärischen Mitteln geregelt werden können. Vielleicht sollten wir wieder zu den Erwartungen in Bezug auf die Friedensdividende zurückkehren, die die gesetzmäßige Folge der Beendigung des Kalten Krieges waren. Aber vielleicht ist das eine zu idyllische Vorstellung.

In unserem gemeinsamen Interesse liegt natürlich auch die Überwindung der sich vertiefenden globalen Finanzkrise, womit ich am Ende meiner Überlegungen angelangt wäre. Wir unterstützen den Vorschlag über die Durchführung einer Serie von Gipfeltreffen, wiederum eine Initiative von Nicolas Sarkozy in seiner Funktion als EU-Ratspräsident, die auch in Übersee reges Interesse hervorgerufen hat, wo am 15. November die Staats- und Regierungschefs der G 20 zusammentreffen werden. Ich schließe übrigens nicht aus, dass auch Strukturen der Vereinten Nationen in diesen Prozess einbezogen werden könnten, beispielsweise der Wirtschafts- und Sozialrat. Zwar handelt es sich bei der UNO um eine Organisation, die über keine unmittelbaren Regulierungshebel im Finanzsektor verfügt, sie stellt aber eine sehr wichtige politische Hülle dar, wenn Sie so wollen, in der man Ideen diskutieren und politische Unterstützung für sie erlangen kann, Ideen, die in der Realwirtschaft und in den globalen Realfinanzen generiert werden. Ich bin uneingeschränkt damit einverstanden, dass die Widersprüche zwischen der einseitigen Funktionsmethode eines Bankrott gegangenen Systems und den kollektiven Interessen der gesamten Weltgemeinschaft überwunden werden müssen. Nicht von ungefähr hat der immer sehr scharfsichtige »Economist« am 11. Oktober geschrieben, dass dieses Mal ein Ansatz benötigt wird, der systematischer und globaler ist als die früheren. Je eher die ersten Entwürfe der Dokumente vorliegen, die am 15. November in Washington verabschiedet werden sollen, die nächsten Schritte gleich eingeschlossen, desto besser – Präsident Bush hat erklärt, dass dieser Gipfel keine einmalige Angelegenheit sein wird, sondern Impulsgeber für weiterführende Aktivitäten. Sie müssen in der Tat gehaltvoll und substantiell sein und dürfen nicht diejenigen enttäuschen, die von der Notwendigkeit tief greifender Reformen überzeugt sind, und das ist die Mehrheit.

Russland ist bereit, seinen Beitrag zu leisten. Natürlich haben die globale Finanzkrise und ihre negativen Begleiterscheinungen keinen Bogen um unser Land gemacht, aber die russischen Gold- und Devisenreserven sind nach wie vor mit den Reserven des Internationalen Währungsfonds vergleichbar. Die Regierungen der Welt verfügen schätzungsweise über drei Billionen Dollar. Ein

Großteil dieser Billionen befindet sich in den Reserven von Staaten, die östlich vom Suez-Kanal und östlich vom Ural liegen. Es kommt nicht darauf an, wie man das nennen wird, vielleicht »Perestrojka des Kapitalismus«, wie ein Vorschlag von Sarkozy lautet, vielleicht anders, es kommt auf das Ergebnis an.

Das Ergebnis kann wirkungsvoll sein, aber dafür müssen wir uns eingestehen, dass wir alle in einem Boot sitzen. Die Interdependenzen im Finanzsektor werden durch die Ereignisse der letzten Jahre eindrucksvoll belegt. Die Chinesen haben für das Wort »Krise« zwei Zeichen: Risiko und Chance. Wir sollten das zweite Zeichen packen, endlich das Gesprächsthema wechseln und uns auf die Lösung der realen und gemeinsamen Probleme konzentrieren – nicht auf die obsessive Umsetzung gewisser virtueller Projekte. Ich bin überzeugt: Sollte es uns gelingen, im Zusammenhang mit dieser Finanzkrise eine enges und gleichberechtigtes Zusammenwirken zu organisieren, so werden im Ergebnis auch die Bedingungen und die kritische Masse an Vertrauen für die Lösung anderer Probleme entstehen.

Zum Abschluss möchte ich noch ganz einfach sagen, dass wir die Beziehungen zwischen Russland und der Bundesrepublik Deutschland als »Konstante« der europäischen Politik außerordentlich wertschätzen. Diese Beziehungen entwickeln sich im Geiste der Kombination von Pragmatismus und dem Bestreben, eine gemeinsame Vision für die Zukunft der euro-atlantischen Region zu gestalten. Ähnlich entwickeln sich unsere Beziehungen zu einer ganzen Reihe europäischer Hauptstädte, insbesondere zu Paris, Rom und Madrid. Das ist für uns von hohem Wert.

Es ist wichtig, dass wir einen produktiven, auf gegenseitiger Achtung beruhenden Dialog nicht nur bei geopolitischer Schönwetterlage, sondern auch dann pflegen können, wenn es zu Problemen kommt. Die jüngsten Regierungskonsultationen zwischen Russland und Deutschland in St. Petersburg haben das erneut bestätigt.

Meiner Überzeugung nach ist dieser Ansatz – ein Ansatz, der ohne Beleidigungen und somit auch ohne Kränkungen auskommt und der auf dem Bestreben beruht, den Partner zu verstehen und nach weiteren Entwicklungsmöglichkeiten für die Beziehungen unter Berücksichtigung dieses Verständnisses und der Interessen des Partners zu suchen – die einzige Möglichkeit, in der heutigen Welt miteinander zu agieren. Ich habe nun länger gesprochen, als wir vereinbart hatten, bin aber trotzdem bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

Impressum

Koordination Dr. Klaus Wehmeier, Dr. Thomas Paulsen
Redaktion Bernhard Müller-Härlin
Kontakt www.bergedorfer-gespraechskreis.de

Alle Rechte bleiben vorbehalten.